

Vierzig Jahre Sozialismus in der DDR

- Das individuelle Leid ist bis heute nicht zu ermesen -

Für die deutschen Kommunisten war die Bildung der SED ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Macht. Mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 verfügten sie erstmals über einen eigenen Staat, in dem sie ihre Ideen von der „Befreiung der Arbeiterklasse“ der „Beseitigung der Ausbeutung“ und der „klassenlosen Gesellschaft“ verwirklichen konnten. Wie in einem Laborexperiment kann man am Beispiel der DDR studieren, wohin die im 19. Jahrhundert von Karl-Marx und Friedrich Engels entwickelte Vorstellung führt, dass sich Arbeiter und Kapitalisten in einem unversöhnlichen Klassenkampf befänden, der nur durch eine Diktatur des Proletariats zu beenden sei. Ist die Vormachtsstellung des Kapitals erst gebrochen, so lautet auch die Verheißung der Linkspartei, bricht das goldene Zeitalter des Sozialismus an, in dem „die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.

Zu den Konsequenzen dieser Idee gehört es, dass der Klassengegner, also das Bürgertum und die mit ihm verbundenen Kräfte, von der Machtausübung ausgeschlossen werden. Doch auch das Proletariat ist nach der von Lenin weiterentwickelten Theorie nicht in der Lage, seine Interessen selbst zu erkennen, sondern muss von seinen bewusstesten Teilen angeleitet werden. Diese sogenannte Avantgarde bildet die kommunistische Partei, die selber wiederum streng hierarchisch aufgebaut ist, weil der Kampf für den Sozialismus nur mit einer schlagkräftigen Organisation zu gewinnen ist. Die gesamte Entscheidungsgewalt liegt deshalb in den Händen einer kleinen Funktionärsclique mit absoluten Macht - und Wahrheitsanspruch.

In der DDR führte dieses System dazu, dass die Bevölkerung über vierzig Jahre lang nicht frei über ihre Regierung entscheiden durfte. Obwohl die erste DDR-Verfassung eine „allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahl“ vorschrieb, kreierte die SED 1950 ein Wahlsystem, bei dem weder zwischen Parteien noch zwischen Personen gewählt werden konnte. Stattdessen gab es eine sogenannte Einheitsliste, die man lediglich bestätigen oder ablehnen konnte. Die Sitzverteilung stand immer schon vorher fest. Damit sich die Bürger dieser Farce nicht entzogen, wurden sie massiv unter Druck gesetzt, zur „Wahl“ zu gehen, die darin bestand, den Kandidatenzettel unverändert in die Urne zu werfen. Zusätzlich wurden die Ergebnisse auch noch gefälscht, damit die SED eine Zustimmung von annähernd hundert Prozent vermelden konnte. Widerstand gegen dieses undemokratische Wahlsystem wurde bereits in den Anfängen brutal unterdrückt, wie das Beispiel des LDPD Generalsekretärs Günter Stempel zeigt, der zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, weil er angekündigt hatte, gegen das Gesetz zu stimmen. Der Student Herbert Belter wurde sogar hingerichtet, weil er gegen das dubiose Wahlrecht Flugblätter verteilt hatte.

Getreu den leninistischen Avantgardekonzept übten in der DDR freilich weder das Parlament noch die Regierung die Macht aus. Alle wichtigen Entscheidungen wurden vielmehr von der SED u. ihrer Führung getroffen. Die maßgebliche Figur des neuen Staates war deshalb nicht Präsident Wilhelm Pieck oder Ministerpräsident Otto Grotewohl, sondern Walter Ulbricht, der 1950 das neu geschaffene Amt des SED-Generalsekretärs übernahm. Seine Macht ging soweit, dass er sogar über die Verhängung von Todesurteilen entschied. Nach Piecks Ableben übernahm Ulbricht auch noch die Funktion des Staatsoberhauptes. 1968 wurde die führende Rolle der SED sogar in der Verfassung verankert. Die Parteispitze besaß eine Machtfülle, wie sie nicht einmal in Feudalgesellschaften existierte. Jedes Gesetz musste, bevor es der Volkskammer vorgelegt werden durfte, vom Politbüro genehmigt werden. Dieses lenkte auch die gesamte Regierungsarbeit und den Staatsapparat.

Als Herr über die verstaatlichte Wirtschaft entschied es zudem über den Großteil der wirtschaftlichen Belange. Zehntausende Leiter in allen Bereichen, die sogenannten Nomenklaturkader, durften schließlich nur mit Zustimmung der SED besetzt werden. Zur Kontrolle ihrer Vorherrschaft existierte obendrein in allen Institutionen eine Parallelstruktur aus Parteileitungen und Parteisekretären, die Diktatur der SED war wahrhaft allumfassend. In diesem Herrschaftssystem bekleideten führende LINKEN - Politiker wie Parteichef Bisky, Fraktionschef Gysi oder der frühere Ehrenvorsitzende Modrow jahrelang wichtige Positionen.

Das Politbüro herrschte auch über die eigenen Genossen diktatorisch. Das Parteistatut von 1950 verbot es den damals 1,6 Millionen SED-Mitgliedern, abweichende Auffassungen zu vertreten oder sich an fraktionellen Gruppierungen zu beteiligen. Für den erwünschten Kadavergehorsam sorgten ein

Berichtssystem von unten nach oben, ein an Gehirnwäsche erinnerndes Ritual von Kritik und Selbstkritik sowie ein Katalog von Parteistrafen, die neben dem sonstigen politischen Strafrecht existieren.

Die brutale Durchsetzung dieses absolutistischen Führungsanspruchs erfolgte bereits in den Anfangsjahren. Nach dem Zerwürfnis mit Jugoslawien 1948 initiierte Stalin in allen sowjetisch besetzten Ländern groß angelegte Säuberungen, damit sich die Kommunisten bedingungslos seinem Willen unterwarfen. 1949 fanden in Ungarn und Bulgarien die ersten Schauprozesse gegen Spitzenpolitiker statt, von denen viele zum Tode verurteilt wurden, obwohl sie völlig unschuldig waren. Auch in der SED setzte damals eine gespenstische Hatz auf treue Funktionäre ein. Vor allem diejenigen, die die NS-Zeit im Westen verbracht hatten oder jüdischer Abstammung waren, galten als potentielle Abweichler. Sämtliche Parteimitglieder wurden damals überprüft, 150 000, darunter viele ehem. Sozialdemokraten, 1951 ausgeschlossen. Selbst hochrangige Kommunisten wie das Ex-Politbüromitglied Paul Merker verloren ihre Ämter, wurden verhaftet und gefoltert, damit sie sich als Verschwörer oder Spione bezichtigten.

Die Vorstellung, dass mit dieser Form der Machtorganisation den Interessen der Menschen am besten gedient werden könnte, bewahrheitete sich nicht. Abgesehen von dem unvorstellbaren individuellen Leid, das mit der brutalen Durchsetzung des Sozialismus einherging, brachte die Beseitigung jeder Art von Opposition ein bürokratisches Regime hervor, das kaum in der Lage war, Probleme frühzeitig zu erkennen und wirksam darauf zu reagieren. Das starre Prinzip von Befehl und Gehorsam erwies sich als ungeeignet, komplexe gesellschaftliche Abläufe zu regulieren. Bei Großprojekten wie dem 1952 begonnenen Bau der Ost-Berliner Stalinallee mochte die Planwirtschaft vielleicht geeignet sein, in kurzer Zeit erhebliche Ressourcen zu mobilisieren, doch bei der Versorgung der Menschen mit Toilettenpapier oder modischer Kleidung erwies sie sich bis zuletzt als unfähig.

Da demokratische Kontrollmechanismen fehlten, war das System zudem besonders anfällig für Amtsmissbrauch und Korruption. Zugleich war es im hohem Maße unpopulär, weil die Führung, getreu ihren eigenen Machtanspruch, für sämtliche Schwierigkeiten im Lande verantwortlich gemacht wurde. Die Parteispitze überspielte zwar ihre fehlende Legimitation mit einem penetranten Führerkult, doch in Wirklichkeit lebte sie in ständiger Angst vor dem eigenen Volk.

Dieser Umstand ist in der Rückschau die wichtigste Erfahrung aus vierzig Jahren DDR-Sozialismus: Ein System, das grundlegende menschliche Bedürfnisse wie die nach individueller Freiheit oder materiellem Eigennutz unterdrückt, muss ständig neue Maßnahmen ersinnen, damit es nicht unterlaufen oder gestürzt wird.

Anders, als die Linkspartei heute behauptet, waren Überwachung und Unterdrückung keine Deformation des Sozialismus, sondern gehören zu ihm wie das Töten zum Krieg. Ein „demokratischer“ Sozialismus ist ein Widerspruch in sich, weshalb er auch nach hundertfünfzig Jahren Marxismus noch nirgends realisiert wurde. Um ihr System zu schützen, schuf die SED bereits im Febr. 1950 einen geheimen Sicherheitsdienst: das sogenannte Ministerium für Staatsicherheit (MfS) oder kurz: die Stasi.

Obwohl es formal zur Regierung gehörte, hatte es laut Geheimstatut zuerst den Direktiven des Politbüros zu folgen. Als „Schild und Schwert der Partei“ entwickelte sich das MfS in kürzester Zeit zur ebenso umfassenden wie gefüchteten Geheimpolizei. Mit 10 000 hauptamtlichen Mitarbeitern hatte es bereits 1953 mehr Personal als die Gestapo im Deutschen Reich. Alle zehn Jahre verdoppelte sich die Zahl seiner Beschäftigten und erreichte am Ende die irrwitzige Zahl von 91 000. Die Stasi öffnete täglich 90 000 Briefe, hörte Zehntausende Telefone ab und lenkte mehr als 180 000 Spitzel. Im Laufe ihrer Existenz betrieb sie Hunderttausende Überwachungsvorgänge und Ermittlungsverfahren, verhaftete schätzungsweise 200 000 missliebige Bürger, führte ungezählte Verhöre und unterhielt siebzehn eigene Untersuchungsgefängnisse. Ihre Befugnisse waren in keinem Gesetz geregelt, eine parlamentarische Kontrolle fand nicht statt. Der riesige Überwachungsapparat der SED brachte nicht nur ein beispielloses Spitzelsystem hervor und verschlang enorme Ressourcen. Er zeigte auch, wie sehr die Führung der Stabilität ihres Systems misstraute und welcher Aufwand erforderlich war, es zu sichern.

Offiziell verkündete die SED den „Aufbau des Sozialismus“ auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952. Nachdem Stalins Pläne, ganz Deutschland unter Kontrolle zu bekommen, gescheitert waren, sollte die DDR zu einem Bollwerk gegen den Westen ausgebaut werden. Im Mai 1952 regelte die SED deshalb die innerdeutsche Grenze ab und ließ in der sogenannten Aktion „Ungeziefer“ mehr als 8000 als un-

zuverlässig eingeschätzte Personen aus dem Grenzgebiet deportierten. Wenig später begann der Aufbau einer geheimen DDR-Armee. Im Juli erklärte die SED, dass die Errichtung des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR geworden sei, und betonte, dass dabei „die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen“. Im Gegensatz zur Marx'schen Theorie, dass der Staat im Sozialismus absterben würde, wurde er nun noch bedeutender, denn die Revolution von oben sollte mit seiner Hilfe durchgesetzt werden. Die SED löste die ostdeutschen Länder und Provinzen auf und verwandelte die DDR in einen zentralistischen Einheitsstaat.

Um den Sozialismus unumkehrbar zu machen, sollten vor allem die Reste der Privatwirtschaft beseitigt werden. Die Tatsache, dass die Lebensmittelversorgung nach wie vor zu einem Großteil in privater Hand lag, beunruhigte die Parteiführung. Sie zwang deshalb die Bauern, ihre Höfe in sogenannter LPG's Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften zu überführen. Allein zwischen August 1952 und Januar 1953 fanden über 1200 Verfahren gegen widerspenstige Bauern statt, die in der Regel nicht nur zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, sondern auch ihr gesamtes Vermögen verloren. Zahlreiche Landwirte gingen damals in den Westen, Tausende andere resignierten und flüchteten in den Schoß der LPG, die zu einen Rädchen im Getriebe der Planwirtschaft mutierte.

Mit ähnlichen Methoden ging die SED gegen die verbliebenen Kleinunternehmer vor. Anfang 1953 wurden anhand sogenannter Liquidationslisten zahlreiche Kleinbetriebe durchsucht und ihre Besitzer bei geringsten Steuerrückständen oder minimalen Privatgeschäften verhaftet und enteignet. Im Ostseebad Kühlungsborn wurde zum Beispiel die Pächterin eines Kinderheims zu sechzehn Monaten Haft verurteilt, weil sie Zucker beiseitegeschafft hatte, um daraus für die Kinder Marmelade zu kochen. Allein im Februar und März 1953 wurden im Rahmen der Aktion „Rose“ an der Ostsee 447 Menschen festgenommen und 621 Häuser und Grundstücke verstaatlicht. Darüber hinaus entzog die DDR –Regierung allen Selbstständigen den Kranken - und Sozialversicherungsschutz. Wer mehr als fünf Beschäftigte hatte, bekam keine Lebensmittelkarten mehr, so dass die Selbständigen regelrecht ausgehungert wurden. Tausende Handwerker und Kleinunternehmer gaben damals ihren Betrieb auf oder überführten ihn in eine Genossenschaft.

Der Klassenkampf von oben richtete sich auch gegen die Kirchen, das wichtigste Refugium des Bürgertums. Insbesondere die evangelische Jugendarbeit war der SED ein Dorn im Auge. Im Jan. 1953 beschloss das Politbüro, in kurzer Zeit drei bis vier öffentliche Prozesse zur „Entlarvung“ der jungen Gemeinde als „Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage“ durchzuführen. In tribunalähnlichen Versammlungen wurden christlich engagierte Schüler und Studenten zu „Agenten“ erklärt oder aufgefordert, sich von der Kirche loszusagen. Tausende mussten die Oberschule oder Universität verlassen, über siebzig Pfarrer und Jugendleiter sowie eine unbekannte Zahl junger Christen kamen ins Gefängnis. Die gleichgeschaltete Presse flankierte die Kampagne mit entsprechender Berichterstattung. „Dieser Feind der werktätigen Bevölkerung hatte es fertiggebracht, die Einwohner des Dorfes jahrelang zu terrorisieren“, schrieb zum Beispiel die Schweriner Volkszeitung über den Gemeindepfarrer Karl-August Brandt in Mecklenburg. „Die gesamte werktätige Bevölkerung der Zentralgemeinde Lohmen erwartet eine strenge Bestrafung des Verbrechers.“ (6 Jahre Zuchthaus)

Die SED wußte, dass ihre Vorstellungen nur von einer kleinen Minderheit geteilt wurde. Deshalb spielte die politische Propaganda eine herausragende Rolle. Wie in George Orwells Roman 1984 berieselten Lautsprecher die Bevölkerung mit agitatorischen Reden und entsprechender Musik, während Propagandaplakate zu größeren Arbeitsleistungen aufforderten oder den baldigen Sieg des Sozialismus verkündeten. An den Strassenrändern erhoben sich überlebensgroße Bildnisse von Marx, Stalin oder Ulbricht, Sportstadien, Großbetriebe und sogar ganze Städte wurden nach kommunistischen Führern benannt. Zeitungen Radio und Fernsehen, die sich allesamt in Staats- und Parteibesitz befanden, dienten vor allem der politischen Manipulation der Bevölkerung. Die Forderung von Linksparteichef Lafontaine, die privaten Medien zu verstaatlichen und damit ihrer Unabhängigkeit zu berauben, ist vor diesem Hintergrund mit größtem Argwohn zu betrachten.

Ausgerechnet die Arbeiter, für die der Sozialismus gemacht war, brachten ihn 1953 beinahe zu Fall. Um die Kosten für die Aufrüstung und den Ausbau der Schwerindustrie aufbringen zu können, hatte die SED beschlossen, die Arbeitsnormen anzuheben. Einige Hundert Bauarbeiter zogen deshalb am 16. Juni von der Ost-Berliner Stalinallee zum Haus der Ministerien, um eine Rücknahme der Normenerhöhung zu fordern, und lösten damit einen unerwarteten Flächenbrand aus. Tausende Berliner schlossen sich ihnen an und verlangten den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen. In der Folge

kam es in über 650 Orten zu spontanen Protesten. 600 Betriebe wurden bestreikt, 140 Partei - oder Verwaltungsgebäude gestürmt, knapp 1400 Häftlinge aus Gefängnissen befreit. Das Regime schien am Ende, das Politbüro flüchtete sich ins sowjetische Hauptquartier. Doch die Besatzer verhängten den Ausnahmezustand, ließen Panzer auffahren und schlugen den Volksaufstand nieder. Über 50 Menschen wurden getötet, etwa 13 000 inhaftiert und mindestens 1600 abgeurteilt. Der 17. Juni, an dem der SED die Macht beinahe entglitten wäre, wurde zum Trauma der Funktionäre und zu einer bitteren Lehre für das Volk.

Nach dem Aufstand verlangsamte die SED - Führung ihr Umbauprogramm. Mit sozialen Maßnahmen versuchte sie, die Arbeiter ruhigzustellen. Doch schon Ende der 1950er Jahre unternahm sie einen zweiten Anlauf, den Sozialismus zu vollenden. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft wurde zu Ende geführt, weitere Teile des privaten Handwerks und Handels wurden in Genossenschaften gezwungen. Die Folge war erneut ein starker Anstieg der Flüchtlingszahlen: Fast 200 000 kehrten 1960 der DDR den Rücken, 160 000 folgten bis Mitte August 1961, dann errichtete die SED die Mauer und machte ihren Staat zu einem großen Gefängnis. Wer jetzt noch flüchten wollte, riskierte sein Leben. Mit Selbstschussanlagen und Tretminen, Panzersperren und Signalanlagen rüstete das Regime nach und nach die innerdeutsche Grenze auf, gegen „Grenzverletzer“ wurde rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. Schon ein Jahr später konnte die SED den „Sieg der Produktionsverhältnisse“ verkünden. Der Mauerbau stand nicht, wie die LINKE heute behauptet, im Widerspruch zum Sozialismus, sondern war die logische Konsequenz aus dem sozialistischen Umbau der Gesellschaft.

Eigentlich hätte die SED-Führung nun ungestört ihre Utopien verwirklichen können. Hinter dem „antifaschistischen Schutzwall“ wie die DDR die Mauer titulierte, konnte sie 28 Jahre lang ziemlich sicher schalten und walten, zumal ihr Halbstaat bald auch international anerkannt wurde. Eine ganze Generation wuchs ausschließlich unter sozialistischen Bedingungen heran, unbeeinflusst vom „bürgerlichen Klassengeist“. Doch statt das versprochene kommunistische Paradies zu errichten, stand das Regime weiter mit dem Rücken an der Wand. Weder gelangte es der SED, das Land wirtschaftlich leistungsfähig zu machen, noch vermochte sie die Menschen so vom Sozialismus zu überzeugen, dass sie ihnen die demokratischen Freiheitsrechte risikolos hätte zurückgeben können.

1971 wurde Altkommunist Ulbricht von seinem Kronprinzen Erich Honecker abgesetzt. Der wollte die Menschen durch mehr Konsum und kleine kulturelle Freiräume zu verstärkten Leistungen motivieren. Zugleich verstaatlichte er die Reste der Privatwirtschaft. Doch die „Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik“, wie die SED ihre Strategie nun überschrieb, bewirkte nach einer kurzen Blüte, dass das Land laufend mehr konsumierte als produzierte. Wie der Leiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen Günter Ehrensperger 1989 konstatierte, lebte die DDR „mindestens seit 1973 Jahr für Jahr“, über ihre Verhältnisse. Vor allem die staatlich festgesetzten Preise, Kern jeder sozialistischen Wirtschaft, führten zu ungeheurer Verschwendung, da sie die tatsächlichen Kosten stark verzerrten. Die Subventionen, insbesondere für verbilligte Grundnahrungsmittel, verschlangen riesige Summen. Auch der aufgeblähte Staats- und Parteiapparat beanspruchte enorm viel Geld. Die Verschuldung im Westen nahm rapide zu, notwendige Investitionen blieben aus, die Betriebe lebten immer mehr von ihrer Substanz.

Nur zwei bundesdeutsche Milliardenkredite retteten die DDR Anfangs der 1980er Jahre vor der Zahlungsunfähigkeit. Danach konnte sie sich noch eine Zeit lang über Wasser halten, indem sie billiges sowjetisches Rohöl weiterverarbeitete und gegen Devisen in den Westen verkaufte. Doch die ebenfalls krisengeschüttelte Sowjetunion reduzierte ihre Lieferungen und wollte sie schließlich in Valuta bezahlt haben. Gleichzeitig sanken auf den Weltmarkt die Preise für Erdölprodukte. Ab Mitte der 1980er Jahre verschärften sich dadurch die wirtschaftlichen Probleme der DDR dramatisch. Obwohl die Stasi im Westen im großen Stil Technologien stahl, fiel das Land beim technischen Fortschritt immer weiter zurück.

Auch politisch geriet das System immer mehr unter Druck. Die internationale Anerkennung der DDR erwies sich als zweischneidiges Schwert. Statt auf einer „Flucht“ das eigene Leben zu riskieren, stellten immer mehr Menschen Ausreisearträge. Sie beriefen sich dabei auf die UN-Menschenrechtskonvention und die KSZE-Schlussakte, zu deren Einhaltung sich die DDR verpflichtet hatte. Die SED reagierte darauf, indem sie einerseits den Überwachungsstaat ausbaute und zahlreiche Verhaftungen vornahm, andererseits Zehntausenden eine Ausreisegenehmigung erteilte, was nur dazu führte, dass noch mehr Menschen einen Antrag stellten.

Als 1985 in der Sowjetunion M.Gorbatschow an die Macht kam, tat sich für die SED im Osten eine zweite, noch gefährlichere Front auf. Wer jetzt in der DDR mehr Freiheit forderte, konnte sich auf das Mutterland des Sozialismus berufen. Das Politbüro verlor zudem seine Lebensversicherung, weil es sich nicht mehr darauf verlassen konnte, dass im Ernstfall sowjetische Soldaten zu Hilfe kommen würden. Die Glaubwürdigkeit des Regimes litt weiter, als Bürgerinitiativen nachwiesen, dass die SED im Mai 1989 die Kommunalwahlen gefälscht hatte.

Wenig später kam es zu größerer Fluchtwelle seit dem Mauerbau. In den Sommerferien 1989 schlugen sich Tausende in die bundesdeutschen Botschaften nach Warschau, Budapest und Prag durch und verlangten ihre Ausreise. Allein aus Prag gelang auf diese Weise etwa 17 000 Menschen die Flucht. Zur selben Zeit begann Ungarn mit dem Abbau seiner Grenzanlagen nach Österreich. Ab September ließ man DDR-Bürger ungehindert passieren. Bereits in den ersten drei Tagen nutzten 18000 Menschen die unverhoffte Gelegenheit. Die Gesamtzahl aller Flüchtlinge im September und Oktober 1989 belief sich auf über 75 000, eine politische Abstimmung mit den Füßen, von Millionen DDR-Bürgern im Fernsehen haunah mitverfolgt.

In dieser Situation formierte sich erstmal wieder seit dem 17.Juni 1953 massenhafter Protest.Im September 1989 gründeten Bürgerrechtler das Neue Forum und forderten einen „demokratischen Dialog“. Mit der SPD entstand Anfang Oktober die erste unabhängige Partei. Am 2.Oktober demonstrierten etwa 8000 Menschen in Leipzig, bis sie von der Polizei mit Gummiknüppeln Hunden und Wasserwerfern auseinandergetrieben wurden. Eine Woche später waren es bereits 70 000, obwohl ein Kampfgruppenkommandeur zuvor mit Waffeneinsatz gedroht hatte.

Rückblickend ist es immer noch ein Wunder, dass die SED die Proteste nicht gewaltsam niederschlug. Die Planungen für den Ernstfall, einschließlich Isolierungslager für Regimegegner, lagen fertig bereit. Entscheidend für den Sieg der aufbegehrenden Bürger war der 9.Oktober in Leipzig, als die Staatsmacht vor der Überzahl der Demonstranten kapitulierte. Aus Furcht vor einer Eskalation entschied damals der amtierende SED-Bezirkschef in Leipzig, und nicht ZK-Sekretär Krenz, wie dieser später behauptete, dass die Sicherheitskräfte in ihren Stellungen bleiben sollten. „ Sollen wir dazwischengehen bei 20 000, 30 000, 40 000 Bürgern?“ rechtfertigte sich Innenminister Friedrich Dickel später vor den Polizeichef der Bezirke. „ Da können wir gleich SPW (Schützenpanzerwagen) oder Panzer einsetzen“. Das Stillhalten der Diktatur beflügelte die Protestbewegung. Als Honecker, Mielke und Krenz im Lagezentrum des Innenministeriums am 16.Oktober 1989 den Aufmarsch von 120 000 Leipzigern per Übertragungskamara mitverfolgten, müssen ihnen die Ohren geklungen haben, als sie die machtvollen Rufe hörten: „Wir sind das Volk“

Proteste dieser Größenordnung konnte man nicht mehr mit Schlagstöcken zertreuen. Doch die SED wagte es nicht, massivere Mittel einzusetzen oder den später von Stasi-Offizieren ins Spiel gebrachten Ausnahmezustand zu verhängen. Ohne Rückendeckung der Sowjetunion schreckte selber Mielke vor derartigen Maßnahmen zurück, zumal die Sicherheitskräfte nicht mehr als hundertprozentig zuverlässig galten. „ Wir können doch nicht anfangen, mit Panzern zu schießen“, mokierte sich der Stasi-Minister im Politbüro über Honecker, der vorgeschlagen hatte, ein Panzerregiment in Leipzig auffahren zu lassen. In zahlreichen Städten kam es bald zu ähnlichen Demonstrationen, die Menschen verloren ihre Angst. Zwischen Massenprotest und Massenflucht zerbröselte der Sozialismus wie morsches Holz.

Höhepunkt des Protestes war eine Kundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz. Am 4. Nov. 1989 kamen dort mehr als eine halbe Million Menschen zusammen. Die Stimmung war, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen , den Jahren von Dumpfheit und Mief und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit“. Demokratie, so rief Schriftsteller Stefan Heym, unter dem Beifall der Demonstranten aus, bedeutete Herrschaft des Volkes. „Freunde, Mitbürger üben wir sie aus, diese Herrschaft !“

Der Mauerfall am 9.November 1989 besiegelte den Untergang des Sozialismus, die Besetzung der Stasi - Dienststellen vollendete ihn. Hier zeigt sich nocheinmal, wie sehr das System auf nackter Gewalt beruhte. Als die Zwangsmittel nicht mehr zur Verfügung standen, fiel es wie ein Kartenhaus zusammen. Anders, als sich mancher damals erhoffte, kam es auch nicht zu einer reformierten DDR, weil Demokratie und Sozialismus einander ausschließen.

Nach 40 Jahren hinterließ die SED ein heruntergekommenes Land. Strassen u.Schienenwege, Strom - und Telefonnetz, Wasserleitungen und Kanalisation befanden sich in erbarmungsunwürdigem Zustand, Fabriken und die Altbauten der Innenstädte waren völlig marode. Auch die Umwelt war schwer geschädigt. Die Lebenserwartung lag um drei Jahre niedriger als in der Bundesrepublik. Bei der Ausstattung der privaten Haushalte mit Autos, Konsumgütern oder modernen Sanitäranlagen hinkte die DDR meilenweit hinterher. Der Staat war hochverschuldet und stand unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit.

(Anm: Zahlen aus Pleitebericht)

Als Honeckers Nachfolger Egon Krenz den Chef der Plankommission , Gerhard Schürer, um einen Bericht zur wirtschaftliche Lage bat, rechnete dieser vor, dass die Arbeitsproduktivität um 40 % hinter derjenigen der Bundesrepublik zurückliege. Im Verkehrswesen seien 52 % der Ausrüstungen verschlissen,in der Industrie 54 % , im Bauwesen sogar 67 Prozent. Um die noch steigenden Staatsausgaben bestreiten zu können, müssen 1989 und 1990 zusätzliche Kredite in Höhe von 20 Milliarden Mark aufgenommen werden, wodurch die Gesamtverschuldung auf 140 Milliarden Mark ansteige.

„Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahr 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR ungerierbar machen“, schrieb Schürer.

.....

Noch schlimmer, weil schwer zu beheben, waren die gesellschaftlichen Folgen von vierzig Jahre Sozialismus. Der Mittelstand, Rückrad einer vitalen Volkswirtschaft, war nahezu liquidiert. Traditionelle Sozialmilieus, christliche Bindungen und bürgerliche Wertvorstellungen hatten sich weitgehend aufgelöst. Leistungsorientierung, Verantwortungsgefühl, und Bürgersinn waren verkümmert. Mancher Ostdeutsche wusste kaum noch etwas mit der zurückgewonnenen Freiheit anzufangen. Auch das individuelle Leid war kaum zu ermessen. Wenigstens 270 Menschen waren an den Westgrenzen der DDR durch Schüsse oder Minen getötet, etwa 700 meist schwer verletzt worden. 52 politische Gefangene waren auf Beschluß von DDR-Gerichten hingerichtet worden, über 1100 durch Urteile sowjetischer Militärtribunale, die bis 1955 tätig waren.

Bis zu 280 000 Personen waren aus politischen Gründen ins Gefängnis gekommen, wo sie vielfach physisch oder psychisch misshandelt wurden. Hundertausende waren überwacht und verfolgt worden, hatten Berufsverbot erhalten oder ihr Eigentum verloren. Millionen waren in der Schule diskriminiert, am Arbeitsplatz benachteiligt oder im Alltag drangsaliert worden. Viele wurden für immer ihrer Lebenschancen beraubt, weil sie in der DDR kein Abitur machen, nicht studieren und keinen Beruf ihrer Wahl ergreifen durften. Über 3, 6 Millionen Flüchtlinge und Ausreiseartragsteller hatten schließlich Heimat, Verwandte und Freunde verlassen müssen, um ein Leben in Freiheit führen zu können. Die Wunden, die all dies schlug, sind bis heute nicht verheilt.

.....

Quelle und Autor des Buches : Hubertus Knabe Auszug aus S.58-75

ISBN 978-3-549-07329-2 Berlin 2009 Propyläen Verlag 448 Seiten

Hubertus Knabe ist wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Von 1992 bis 2000 war er in der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen tätig. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen über die DDR und Osteuropa und Experte für die Westarbeit der Stasi. Seit 2009 ist Hubertus Knabe Träger des Bundesverdienstkreuzes. Gewürdigt wurde speziell die Arbeit und Engagement des Historikers für Freiheit und Demokratie und für die Aufarbeitung des SED-Unrechts.

„ Die Täter sind unter uns „ ISBN 978-3-549-07302-5,
„ Honeckers Erben“ ISBN 978-3-549-07329-2
„ Die vergessenen Opfer der Mauer“ ISBN 978-3-548-60883-9

Hubertus Knabe beschreibt weiter in seinem Buch über „ **Schöngefärbte DDR“ Seite 73-96** Kleiner Auszug....Umso erstaunlicher ist es, dass die DDR in Deutschland vielfach als soziales Paradies verklärt wird, woran die SED Nachfolger maßgeblichen Anteil haben. „Zur Geschichte der

DDR“ so hieß es im Programm der Linkspartei, gehörten bemerkenswerte Ergebnisse und wertvolle Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der Bevölkerung, um die Teilhabe breiter Bevölkerungsteile an Bildung und Kultur und um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschen Boden. Und auf der Homepage der LINKEN kann man auf die Frage „ was sagt die LINKE zur DDR?“ den Satz lesen: „ Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war der legitime Versuch, nach dem alliierten Sieg über Nazi-deutschland ein Wiedererstarken sozialer Antriebskräfte des Nationalsozialismus zu verhindern. Stichworte hierfür sind die Bodenreform und die Zerschlagung des Großkapitals, und einen sozialistischen Staat auf deutschen Boden aufzubauen.

Wie keine andere Partei in Deutschland verharmlost und verklärt die LINKE die vierzigjährige SED-Diktatur. Die Rechtfertigung der DDR hat nicht nur ideologische, sondern auch biographische Gründe. Die meisten LINKEN-Mitglieder in Ostdeutschland gehörten nämlich schon der SED an und blieben der Partei auch dann noch treu, als ihr über neunzig Prozent den Rücken kehrten. Viele bekleideten in ihr politische Ämter oder waren auf andere Weise persönlich in das Regime verstrickt. Auch eine große Zahl aus dem Westen stammender Mitglieder und Funktionäre der LINKEN sympathisierte vor 1989 mit der DDR, deren Untergang sie als unverdienten Sieg des Kapitalismus empfanden. Ein erheblicher Teil der Parteibasis betrachtet den SED-Staat deshalb bis heute als positiven Gegenentwurf zur Bundesrepublik.

Die Parteistrategen haben freilich erkannt, dass ihnen ein offenes Bekenntnis zur DDR politisch schadet. Vor allem im Westen stößt die Verklärung der SED-Diktatur auf Ablehnung.

.....im beleidigten Tonfall hätten sie sich angeblich beim Volk entschuldigt, und mit der DDR gebrochen, tatsächlich haben sie aber auf dem Parteitag Dez.1989 gesagt: „ Die Delegierten des Sonderparteitages sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig zu entschuldigen, dass die ehemalige Führung der SED unser Land in die existenzgefährdende Krise geführt hat“..... Zitat

LINK zum Buch – bei „Zulassen“ zeigt sich dieser LINK // siehe Quelle Seite 6 und 7

<http://www.ullsteinbuchverlage.de/listtb/buch.php?id=15845&page=&sort=autor&auswahl=A&pagenum=1>

Zusammengestellt von www.sed-opfer-hilfe.de am 23.2.2010 // Auszüge aus Seite 58-73 und 73-75 bezüglich Aufarbeitung politischer Meinungsbildung zum Thema SED-Unrecht, Wiedervereinigung DDR und Bundesrepublik Deutschland;